



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 29. September 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 2. Oktober 2023

Fokusthemen: **Uferwege und Sonntagsverkäufe**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag vor allem mit der Volksinitiative für öffentliche Uferwege und mit einer parlamentarischen Initiative für mehr Sonntagsverkäufe auseinandersetzen. Anschliessend sind einige Vorstösse zu verkehrs- und sozialpolitischen Themen traktandiert.

Umstrittene Verfassungsbestimmungen für öffentliche Seeuferwege

Eine ausführliche Debatte zeichnet sich beim ersten Geschäft ab – der Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» ([5848](#)). Diese sieht verschiedene Regeln für den Bau von Uferwegen am Zürichsee und an anderen Gewässern im Kanton vor. Im Wesentlichen wollen die Initiantinnen und Initianten in die Verfassung schreiben, dass See- und Flussufer freigehalten werden, der öffentliche Zugang erleichtert wird und die Ökologie mehr Gewicht erhält. Ausserdem soll am Zürichsee bis 2050 ein durchgehender Uferweg erstellt werden, ohne dass sich die Gemeinden finanziell beteiligen müssen. In der Kommission für Planung und Bau (KPB) sprach sich eine knappe Mehrheit (8 zu 7 Stimmen) für die Ablehnung des Volksbegehrens aus. Aus Sicht der Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP und Mitte gehören solche Vorgaben, namentlich jene zur Finanzierung und zum Zeithorizont der Realisierung, nicht in die Verfassung. Zudem sehen sie das Eigentumsrecht in Gefahr, wenn gefordert wird, dass der Uferweg möglichst nahe am See geführt werden soll. Hinter die Initiative stellten sich die SP und die Grünen. Sie wollen eine verbindliche Vorgabe, nachdem in den vergangenen Jahren beim Bau von Seeuferwegen nicht viel passiert sei; dies, obwohl seit zehn Jahren gesetzlich vorgesehen sei, pro Jahr mindestens 6 Millionen Franken in den Bau von Seeuferwegen zu investieren. Die Kommissionminderheit verweist zudem darauf, dass Gewässer in der Schweiz öffentlich seien, von allen genutzt werden dürften und daher auch zugänglich sein müssten. Die Beteiligungspflicht der Gemeinden habe die Planung und den Bau verzögert, weshalb es richtig sei, die Finanzierung dem Kanton aufzutragen. Die GLP präsentiert mit einem weiteren Minderheitsantrag einen Gegenvorschlag, der den ersten Teil der Volksinitiative zwar übernimmt, aber Rücksichtnahme aufs Privateigentum vorschreibt und auf Vorgaben zur Finanzierung und zum Zeithorizont verzichtet.

KPB-Präsidentin: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit Zustimmung: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Minderheit Gegenvorschlag: Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich), 079 339 98 21

Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten: Bis zu zwölf Sonntagsverkäufe im Jahr

Kontrovers diskutiert wurde in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) auch das nächste Traktandum: die parlamentarische Initiative (PI) für eine befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ([KR-Nr. 174/2020](#)). Mit der PI wird die Einreichung einer Standesinitiative beim Bund verlangt, mit dem Ziel, die Anzahl der Sonntagsverkäufe von heute vier auf zwölf pro Jahr zu erhöhen. Die WAK beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI von FDP-Kantonsrat André Müller betreffend Sonntagsverkäufe zuzustimmen. Eine Minderheit (SP, Grüne, AL, CSP) lehnt eine weitere Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ab. Im Kanton Zürich können die Läden der Detailhandelsbetriebe von Montag bis Samstag ohne zeitliche Beschränkung geöffnet sein.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Stefan Feldmann (SP, Uster), 079 542 52 87

Vorstösse zum öffentlichen Verkehr und zu Arbeitsbedingungen

Mit dem Angebot des öffentlichen Verkehrs befassen sich die zwei anschliessend traktandierten Postulate. Beim ersten, das SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner eingereicht hat, geht es um eine Reduzierung der Tarifzonen im Weinland und um die Einführung eines «Weinlandtickets», das den öffentlichen Verkehr in dieser vergleichsweise noch schlecht erschlossenen Randregion attraktiver machen soll ([KR-Nr. 482/2022](#)). Mit dem zweiten Postulat von Thomas Schweizer (Grüne) wird ein rascher Ausbau der S-Bahn von Affoltern am Albis Richtung Zug verlangt ([KR-Nr. 34/2023](#)). Als Ziel wird der Viertelstundentakt beim nächsten Ausbauschnitt vorgegeben. Die Regierung beantragt die Ablehnung dieser Vorstösse. Auch das dritte Postulat lehnt sie ab, das eine Studie zum Thema «Reduktion der Arbeitszeit» verlangt ([KR-Nr. 100/2023](#)). Es sei dabei von maximal 35 Stunden bei vollem und abgestuftem Lohnausgleich auszugehen, heisst es im Vorstoss der Grünen Jeannette Büsser. Die Studie soll die zu erwartenden Konsequenzen aufzeigen. Die Arbeitsbedingungen am Zürcher Flughafen thematisiert SP-Kantonsrat Alan David Sangines in seiner Interpellation ([KR-Nr. 225/2023](#)). Es herrsche «ein Wildwuchs an Arbeitsbedingungen». Der Regierungsrat hat die sechs Fragen dazu bereits schriftlich beantwortet. Mit der Diskussion im Rat über die Antworten ist das Geschäft erledigt.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44
Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56
Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Parlamentarische Initiativen

Sollte nach Behandlung der Interpellation noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit parlamentarischen Initiativen auseinandersetzen. Die erste auf der Traktandenliste enthält die Vorschläge der Geschäftsleitung zur Anpassung der Notstandgesetzgebung aufgrund von Erkenntnissen aus der Corona-Pandemie ([KR-Nr. 452/2022](#)). Änderungen von Verfassung und Kantonsratsgesetz sollen dem Kantonsrat die Möglichkeit geben, in der Krise adäquat zu handeln und die demokratische Anbindung des Krisenmanagements sichern.

Referent der Geschäftsleitung: Dieter Kläy (FDP, Winterthur), 079 207 63 22

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37